

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, Wähler Service und Betriebsführung enthalten den Verlag von der Haftung für Verbreitung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Die bei Schöner-  
gärtner, Postfach 10, Leipzig, —  
Kempner im Reichsteil 0,50 Mk., —  
Kempner-München durch den Verlag des  
„Politischen Wegweiser“ Halle (Saale),  
Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 3 Halle (S.) 21. Januar 1928 4. Jahrgang

## Die Krise der inneren Politik

Zwei Ereignisse sind es, die zu all dem Jähstoff, seit Monaten vorhanden ist, und die Regierung best, nun doch Bedenken erregend hinzuzusetzen sind. Der tritt des Reichswehrministers und die offene Stellungnahme gegen den Reichsfinanzminister und Parteivorsitzenden, welcher von beiden Vorgängen größere Bedeutung nimmt, läßt sich heute noch nicht sagen. Jeder von ihnen Anlaß zur Sprengung der Koalition werden. Unklarheit der politischen Lage war seit langem best, wenn auch die Rechte immer wieder verjagt hat, Bedrohlichkeit der Zustände zu verleihten. Das ist nicht möglich. Der Wunsch, die Neuwahlen im Juni vorzunehmen, besteht noch, aber es muß als äußerst zweifelhaft gelten werden, ob sich diese Absicht verwirklichen läßt, oder nicht die Entschaltung einer viel rascheren Berufung nimmt. Amnestie kann das Schlußgesetz zu der Explosion führen.

## Der Reichswehrminister

Das Abgesandte des Dr. Gessler hat nicht übersehen. Schon vor Monaten hatte er um seine Verabschiedung gebittet, was aber den dringenden Wünschen des Reichsfinanzministers gegenüber allem nachgegeben wurde. Er selbst hat er damit keinen Dienst erwiesen. Gessler, der ganz in seiner Familie wurzelt, konnte größeren Schwierigkeiten nicht mehr verwinden. Aus dem schmerzlichen Scheitern, das dem Münchener Oberbürgermeister geschah, um zuerst das Wiedererwerbungsministerium, dann nach dem Kapp-Zug das Reichswehrministerium zu übernehmen, kehrt er als müder, vergrämter Mann in ein verträgliches Haus zurück. Die Tragik dieses persönlichen Lebens ist auch für ihn politisch verhängnisvoll worden. Noch im vergangenen Jahre brachte er die Straftat des Generalstabes von Seeckt zu erkennen, der für die Hinrichtung des Kronprinzenjohannes die Verantwortung zu tragen hatte. Er hat auch die Flaggeneuerung für die Marine und Marine aller deutschen Nationalen Widerstand zum Trotz durchgeführt. Von da an erlachte seine Regie. Er ahnte, daß er von seinen Untergebenen häufig geliebt wurde, aber er vermochte es nicht mehr, Lichtes durchzugreifen. Amnestie gilt das was Fall aus. Eine ihm nahelebende Persönlichkeit hat es in seinen freien Briefen auch ausgesprochen. Seine Briefe ließen dann bestehen, denn er hat das unmögliche, dieses zu liquidieren gesucht, gegen die Clique anzukämpfen, war er zuletzt nicht mehr stark genug. Man ganz offen ausgesprochen, daß diese Aufgabe zu den seinen gehört, die in Deutschland überhaupt zu stellen. Der Geist der Wortführer herrscht weiter fort. Nur Mühe, der vor nicht zurücktritt, auch nicht vor einer der Arme, kann Ordnung schaffen. Es ist jetzt leichter, als früher, da die erste Sorge vor der Militärdiktatur weggefallen ist. Aber wir sollen uns nicht täuschen lassen, daß nur der beste Mann für diesen Posten zu sein, und sich trotzdem dort gerechtem wird. Auch kanonische Arme in noch 20 Jahre nach dem Einzug des III. nationalpolitisch und antirepublikanisch sein, wie der Reichswehr-Standab zeigte. Erst der Erfolg der Wehrkraft hat die Stimmung geändert. Das kluge Zusammenwirken, was es seine sonst immer offenen Hände nach diesem Amt ausstreckt.

## Der Zentrumskrach

Was kommen mußte, kam. Die klugen Politiker hatten unantastbare Verbindung mit den Deutschen Nationalen eingeleitet, um das Schlußgesetz in ihrem Sinne zu regeln. Umgekehrt hätte man sich schon damals, aber es mußte sich erst zeigen, weil hier so geschickt Religion und Politik nicht wurden. Dagegen kam er nicht auf. Inzwischen ist ein darüber hinweggegangen. Das Kabinett schritt von Mühsal zu Mühsal. Nichts wurde erreicht, und wo die Dinge gar zu drängend sich gebärden, hat man eine schärfere Absichtsbildung gefunden. Immer härter wurde die Stimmung. Den Mut, das offen auszusprechen, hatte obgleich nur Dr. Wirth. Jetzt aber tracht es in allen Ecken. Schon die Beschlusssache vor schwerer Belastung für die christlichen Gewerkschaften, obwohl man ungenügend daran festhalten muß, daß eine Erhöhung der Lohnsätze zur Notwendigkeit geworden war. Sie aber und von ihrem Standpunkte aus mit Recht, daß die herrschende Zwangslage in erster Linie die Arbeiter werden würde. Da kam das Bündnis mit der Bayerischen Partei, die völlig zum rechten Flügel gehören würde. Bündnisse mußten gemacht werden, die gründlich mißlingen. Der Kanzler aber tat ein Lebriges und erklärte endlich, das Zentrum sei eine Verfassungskraft, wobei geschäftlich, noch republikanisch. Das widersprach den Wünschen von Seeckt. Man begehrte man auf. Persönliche Fähigkeiten verfielen in den Konflikt. Siegewand trübte auf die Spitze. Ganz zielbewußt, nachdem schon Wirth öffentlich eine heftige Rede gegen Marx gehalten

hatte. Recht und Unrecht sind hier untergeordnete Fragen und für uns fernstehende Fragen zu entscheiden. Die Beweiskraften formen die Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen. Ihre Absichten wurde Selbstverständlichkeit. Man fragen wie künftigen der Rechte. Der nötige Schritt wird herbeigeführt, ob er ausreicht, läßt sich nicht sagen. Aber selbst im besten Falle kann es sich nur um eine Vertagung, nicht mehr um eine Lösung handeln. Ganz gleich, ob es dem Parteivorstand gelingt, noch einmal zu beschließen, oder nicht, der Abmarsch nach links wird erfolgen oder die Partei zerbrechen.

## Das Schulgesetz

In der Presse ist behauptet worden, die Kompromißverhandlungen scheiterten am § 16a, der die bestehenden Rechtsverhältnisse in den einzelnen Ländern genehmigt. In weiteren Kreisen sieht man darin auch eine Sanction für das bisherige Konstante, das die Deutsche Volkspartei erbittert bekämpft hat. Trotzdem macht es nicht den Eindruck, als ob daran das Gesetz scheitert. Es ist durchaus nicht undenkbar, daß man durch eine Auslegung diese Spitze abbiegt. Dann aber bleibt der § 20, der die Simultanschulen in Baden, Hessen und Württemberg behandelt. In Baden ist sie das Bad. Württemberg. Die Entscheidung daran hat in der Deutschen Volkspartei, die in ihm ihren glänzenden Führer sah, erhebliche Nachwirkungen. Der Widerstand verleiht sich, und vorkommende Kreise selbst glauben, daß daran das Gesetz scheitert wird. Auch im Zentrum herrscht eine gewisse Müdigkeit. Man erklärt dort, daß man genug Zugeständnisse gemacht habe. Wenn man nicht mehr erreichen wollte, so könne man das Gesetz ebenso gut mit Demokraten und Sozialdemokraten verabschieden. In politischen Kreisen wird daher angenommen, daß es höchstens beim § 20 zu dem großen Zusammenstoß kommen wird und daß der Erfolg negativ bleiben muß. Wir meinen der Vorlage des Herrn von Seeckt keine Traäne nach. Sie war ein Ausdruck schmerzlicher Reaktion und eine Verleugnung des deutschen Geistes. Wenn sie verabschiedet, bedeutet es nur einen Erfolg, der Freiheit und der Zukunft.

## Die Länderkonferenz

Breivend mit viel schönen Reden ihrer Länder Wert und Zahl, sohen in Berlin die Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung zusammen. Man hatte die Ähren selbst zugemacht. Die Beschlusssache vor allem andere als vorbildlich. Denn aber hat man uns wenigstens einige Reden bekanntgegeben. Leberwärtig ist der Eindruck nicht. Im Gegenteil. Herr Baglitz, Württemberg geliebter Herr, hat das Bismarck-Reich betont im Gegensatz zum neuen Einheitsstaat gefeiert. Er möchte gern die Entwicklung rückwärts drehen. Dabei hat die Verfassung von 1870 schon während des Krieges Bedenken erregt. Kaiser Friedrich verzeichnet abnungsvoll in seinem Tagebuch, daß es einst zur schwersten Gefahr für das Reich werden würde, und Bismarck selbst hat, wie wir von Moritz Busch wissen, in Versailles gesagt: Mehr habe er nicht erreichen können. Die nächsten Generationen müßten die Verfassung verbessern. Die Voraussetzungen Friedrichs III. haben sich erfüllt. Das Gottesgnadentum Wilhelm II., das sich dann schwächer Kanzler immer weiter ausdehnen konnte, führte notariatsmäßig zur Katastrophe. Man verwarf freilich in den Tagen der Revolution, die Frage zur Nachfrage zu machen. In Weimar nahm man dann erst recht Rücksichten. Heute sagen die Länder einstimmig, daß der Zustand unheilbarer geworden ist. Eine Abänderung muß kommen. Nur über das Wie ist man noch nicht einig. Die Süddeutschen wollen partikularrichtig die Ländergewalt verstärken, Hamburg und Hessen und für die Preußen wenigstens Braun selbst den Einheitsstaat als Ziel bestimmen. Dazwischen wird das Kompromiß nicht werden. Das Ziel erreicht wird, glauben wir nicht, und das Wenige wird auch lange Beratungen erforderlich. Kommissionen werden zusammengeführt und wir wissen aus Erfahrung, daß dann der Bürokratismus ein weites Feld gewinnt. Trotzdem sind überraschenderweise kleine Fortschritte erkennbar. Schon, daß man überhaupt eine Lösung für notwendig hält, und den bestehenden Zustand nicht verweigern will, ist erfreulich. Reichsländer lehnt man ab, was übrigens verfassungsmäßig auch schwer durchzuführen ist, aber wenigstens will man nach dem Muster Dühringens einzelne Verwaltungszweige dem Reich übertragen. Auch der Austausch von Einflüssen und Erfahrungen soll vor sich gehen, wobei das Reich zwischen den Ländern vermittelt. Da wir gar nichts erwarren haben, können wir das wenigstens mit Genugtuung verzeichnen. Das Wichtigste ist, daß der Weg zur Zukunft nicht versperrt wird. Nach den Wahlen wird ohnedies die Frage großzügiger angepaßt werden können.

## Panamerika

Herr Coolidge hat persönlich den panamerikanischen Kongress in Havana eröffnet. Der Fall ist selten, daß ein Präsident das Land verläßt. Inneres Erinnern hat es nur Wilson getan, als er zu den Friedensverhandlungen

nach Paris fuhr, um dort ein Detache zu erleben. Herr Coolidge ist glücklicher. Einmal drohen solche Gefahren nicht, sondern ist er schließlich wieder heimgekehrt. Er hat nur die Repräsentantenpflicht ausgeübt, die Arbeit überläßt er den anderen. An uns für sich liegen Befehle genug vor. Das Einsiedeln Nordamerikas in Nicaragua, der Streit mit Mexiko, die Unstimmigkeit der Südamerikaner, die Abneigung der lateinischen Völker im Süden gegen die Angehörigen im Norden, all das bietet schon Stoff zu Auseinandersetzungen. Aber man wird sich vermeiden, wird über Kleinigkeiten reden und die großen Dinge verabsäumen. Kleine Verbesserungen in den Verhältnissen untereinander werden der Erfolg dieser langen Tagung sein. Ein Wandel wird sich aber nicht vollziehen. Trotzdem kann man schon heute sagen, daß Panamerika eines Tages kommen wird, weil es kommen muß. Die Weltgeschichte arbeitet nicht mit Ländern, sondern mit Erdteilen. Und das Lebensrecht Washingtons steht so fest, daß seine Führung auf dem Doppelkontinent nur noch eine Frage von Jahrzehnten ist. Ob Europa zu der gleichen Erkenntnis durchdringt und die nötigen Folgerungen zieht? Wir wissen es nicht, so lebensschäftlich wir es auch wünschen. Unser Erdteil kämpft nicht mehr um eine Vormachtstellung in der Welt, sondern nur noch um sein Dasein. Bleibt er zerrissen, so wird er zerlegen, schon weil er Kohlenstoffe aber See bezieht, so lange nicht Ausland wieder eingeleitet ist. Sein Problem ist einfach genug, es zu lösen ist nicht mehr Sache politischer Bedankengänge, sondern lediglich des Willens der leitenden Staatsmänner.

## Trotsky

Ins ferne Turkestan, hart an die chinesische Grenze ist Trozki-Broscheln verbannt worden. Seine Freunde sind in dem Kleinere bestreut. Auch sie alle von dem gleichen Schicksal betroffen. Der Kaufmann Stalin ist stärker als sie gewesen. Ein Zug wurde vor ihm erschossen, dessen Dauer niemand absehen kann. Die Opposition hofft auf einen Umsturz, der sie zurückberufen. Zweifelhaft, ob er in ihrem Sinne jemals kommt wird, aber ebenso zweifelhaft, ob sich die jetzigen Machthaber halten können. Ausland, das erst in diesem Jahrtausend seine Revolutionen begonnen hat, wird immer neue erleben. Es ist der politische Balkan Europas. Zur Evolution ist dieses Volk nicht reif, es kann nur durch gewaltsame Erschütterungen vorwärts getrieben werden. Trozki, Rakowski und die anderen haben den reinen Volkseigenen vertreten, der mit ihnen auch überwunden worden ist. Das Geschehen kehrt nicht wieder. Wir können nur dem Hochparolle wünschen, daß wenigstens am Ende dieser noch ereignisreichen Entwicklung wirtschaftliche Blüte und vollstetiger Frieden liegen mögen.

## Die Kaffertreuen und das Geld der Republik.

Doorn und das Reichsfinanzministerium.  
Die „Deutsche Zeitung von Mexiko“ veröffentlicht einen Aufsatz an die Deutschen Geldtreuen, nach dem eine Adresse an den Exalter folgenden Inhalts gerichtet werden soll: „Die unterzeichneten Deutschen der Republik Mexiko erlauben sich, Eurer Majestät zu Ihrem Geburtsfest die herzlichsten Glückwünsche zu überreichen und erlösen für Sie Gesundheit und Wohlergehen im neuen Lebensjahr.“ Gleichzeitig aber — und das ist noch interessanter — teilt der Vorstand des Deutschen Vereins mit, daß das Reichsministerium den Inhabern von Anleihen aus die Legationssache außer den schon bewilligten 1.523.028 Mark weitere drei Millionen Mark als Entschädigung noch bewilligt habe. Die Verteilung wird sofort nach Erhalt dieser Beträge vorgenommen.  
Glückwunschtelegramm nach Doorn und republikanisches Geld in einem Atemzuge, wie reimt sich das zusammen?

## Die Lehre und die Deutsche Volkspartei.

Die „Preussische Lehrerzeitung“ erklärt unter der Überschrift „Wieder geistliche Schulaufsicht“ die Einigung der Regierungsparteien über den Religionsunterricht im Schulgesetzentwurf. Das Blatt spricht von einem „faulen Kompromiß“ und weist darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei ihre liberale Tradition verleugnet habe. U. a. heißt es in dem Aufsatz: „Die Bemühungen der Doctortheorie des Keulenscheins Reichsfinanzgesetzentwurfes, die Regierungsparteien auch bezüglich der Schwierigkeiten und von der Lehrerpartei am heftigsten bekämpften Bestimmung des Gesetzentwurfes auf eine Linie zu bringen, sind von Erfolg gekrönt. Es geht ja auch nur noch, das Zentrum und Deutschnationalen Partei sich einig waren, die Deutsche Volkspartei zum Umsturz zu bewegen — und es ist gelungen. Die eine, noch vor wenigen Stunden, in hohen Tönen den Satz sprachen, daß sie schon zu viel gegeben hätten, daß ihnen nichts mehr zu geben übrig blieb — siehe da, sie hatten irgendwo doch noch eine Gabe, und zwar eine von erheblichem Wert.“



# Das verwirrte Zentrum.

Zentrumsblätter stellen fest, die Zentrumspartei sei nicht verwirrt. Ein kleiner Brief durch die Aboerschriften, die Zentrumspartei in den letzten Tagen trugen erweist Zweifel an der Richtigkeit dieser Feststellung. Da steht man: „So geht es nicht“ — falsche Behauptungen und überflüssiger Streit! — „Von politischen Briefen, die besser unterbleiben“ — „Inmisch schüttet sein Herz aus“ usw., usw. Ein objektiver Beobachter wird danach feststellen müssen: „Anerkennung unter den Zentrumsführern besteht tatsächlich, aber es besteht auch noch die Hoffnung, daß man sich wieder einigen wird, und darum will man die Tatsache des Streits nicht zugeben.“

Aber es scheint doch, daß die Einigungsmöglichkeiten stark abgenommen haben, mindestens die Möglichkeiten, sich ohne einen schweren Konflikt ohne Sieg oder Niederlage des einen oder des anderen Parteiflügels wieder zu einigen. Wie ganz anders war es, als Wirth gegen die Parteileitung auftrat. Damals konnte man nach außen hin noch eine gewisse Geschlossenheit der Partei demonstrieren. Heute ist das kaum möglich. Der Abgeordnete Imbusch hat in Oberhausen eine Rede gehalten, die den Komplex und Parteiführer Marx in Form angriff, wie sie bisher nur in der Auseinandersetzung feindsüchtiger Parteilager üblich waren. Imbusch, der Bergarbeiterführer, greift die Beamtenscheidungsfrage der Reichsregierung und des eigenen Parteiführers mit der Frage an: „War es notwendig, daß die Minister 6000 M. der Reichsregierung 9000 M., die Präsidenten 50 Prozent Zulage erhielten in einer Zeit, in der mancher nicht satt zu essen hat?“ Und der Abgeordnete Joos, mit Wirth eng befreundet, ein Führer des Arbeiterflügels im Zentrum, kritisiert den Parteiführer Marx, weil er in seinem Brief an Stegertwald in ironischem Ton von „einigen Gewerkschaftssekretären“ gesprochen hat. Da heißt es in der Kritik des Abgeordneten Joos: „Man fühlt sich wieder sicher, der Mechanismus der Partei und Amt verdirbt, ist in Ordnung, nun kann man wieder von oben herab sprechen.“ Joos versichert dann zwar, er könne und wolle sich nicht denken, daß Marx die Verwendung von den Gewerkschaftssekretären in diesem Sinne gemeint habe, aber er warte offenbar auf eine Rückäußerung des Kanzlers.

Die Teilungslinie, die durch das Zentrum geht, ist also ziemlich klar. Auf der einen Seite die Arbeiterschaft — der Abgeordnete Imbusch teilte mit, er sei wiederholt aufgefordert worden, eine Christliche Arbeiterpartei zu gründen — auf der anderen Seite der Unternehmerflügel. Reichstanzler Marx, der ehemalige Kandidat des Volksbundes für den Posten des Reichspräsidenten gilt heute in den Kreisen der Christlichen Arbeiterpartei als Führer des Unternehmerflügels. Die Konfliktmöglichkeit wird noch dadurch vergrößert, daß der rechte Zentrumslügel, um sich vor einer Vorkonkurrenz der Partei zu sichern, das überaus enge Bündnis mit der Bayerischen Volkspartei abgeschlossen hat. Die Rücksicht auf dieses eben abgeschlossene Bündnis war es wohl, die den Reichstanzler Marx veranlaßte zu erklären, das Zentrum sei eine Verfassungspartei, aber weder eine republikanische noch eine monarchistische Partei. Das hat den Fraktionsvorsitzenden Herrn von Guentard, der offenbar die Strömungen auf dem linken Flügel seiner Partei besser und rechtzeitig erkennt, zu der wiederholten Feststellung veranlaßt, daß der republikanischen Einstellung des Zentrums sei nicht zu rütteln, ja, Guentard hat sogar davon gesprochen, das Zentrum werde die Bayerische Volkspartei ebenfalls zur republikanischen Idee erziehen. Damit war nicht nur die Sozialpolitik — Beamtenscheidungen und Lebenshaltung der Arbeiterschaft — sondern auch die Innenpolitik zum Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen geworden. Es ist reichlich ungewöhnlich, wenn Joos ironisch davon spricht, der Turm im Herrn Parteiführer mag ihn bewegen haben, die bloße Formulierung Verfassungspartei zu wählen.“ Es ist ebenso ungewöhnlich, wenn die Bayerische Volkspartei auf das Erziehungsangebot des Herrn von Guentard durch ihre Parteipresse antworten läßt, der Fraktionsführer des Zentrums irre sich in Erziehungs-

objekt, wenn sie feststellen läßt, niemals wird die Bayerische Volkspartei eine republikanische Partei werden. Man hat den Eindruck, daß es dem rechten Zentrumslügel wohl gelungen ist, den Arbeiterflügel durch die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen, durch die Rücksicht auf die Bayerische Volkspartei zu erörtern und abzuschleifen, daß aber als Ausgleich nicht einmal eine gewisse Sicherheit dafür erreicht worden ist, die Bayerische Volkspartei wirklich bei der Sache zu halten. Wenn sich bestätigt, daß Stegertwald sein Amt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender niedergelegt hat, wenn sich damit bestätigt, daß er eine Zusammenarbeit mit Marx, dem ersten Parteivorsitzenden nicht mehr für möglich hält, so hat das Zentrum in dem kommenden Kampf recht trübe Aussichten und es ist zweifelhaft, ob es bis zum Wahlkampf die Geschlossenheit seiner Politik wieder herstellen kann.

# Herrn Heids Reichstreue.

Von Professor Ludwig Rabide.

Zur Abwehr eines Angriffs, den die „Kreuzzeitung“ gegen mich gerichtet hatte, indem sie behauptete, ich gehörte zu denen, die über den Zusammenbruch im Oktober 1918 triumphierten, habe ich u. a. verweisen auf den damals von mir entworfenen Antrag der Liberalen Landtagsfraktion, durch den ein Bekanntnis des Bayerischen Landtags zum Reich geordert wurde. Zur Erläuterung des Umstandes, daß dieser Antrag nicht zur Beratung und Beschlußfassung gekommen ist, fügte ich hinzu, er sei an dem Widerspruch des Herrn Heide, des jetzigen überparteilichen Zentrumspräsidenten, damals Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, gescheitert, der uns ausserordentlich, Bayern müsse sich auf die Notwendigkeit einrichten, sein Schicksal von dem des Reichs zu trennen.

Es war meine meine Ansicht, durch diese Bezugnahme auf eine wiederholt festgestellte, wenn auch von Herrn Heide bestrittene Tatsache, die Diskussion über Herrn Heids damalige Haltung neu zu eröffnen oder ihm etwa in den gegenwärtigen Verhandlungen über das Verhältnis der Länder zum Reich Schweregelegenheit zu bereiten. Da aber Herr Heide mir Unwohlsein vorwirft, bin ich genötigt, auf die Sache zurückzukommen.

Herr Heide hat schon wiederholt die Rühmbild gehabt, die Richtigkeit der Feststellung, auf die in meinem Schreiben an die Kreuzzeitung angepielt wurde, zu bekräftigen. Er gibt an, die Zentrumsfraktion habe die Beratung des liberalen Antrags deshalb abgelehnt, weil der falsche Eindruck hätte entstehen können, als ob überhaupt eine Gefahr für die Reichstreue Bayerns bestände.

Was in der Zentrumsfraktion beraten und beschlossen wurde, weiß ich natürlich nicht. Es mag richtig sein, daß das, was Herr Heide angibt, die offizielle Begründung der Ablehnung war, bestimmt zur Mitteilung der liberalen Landtagsfraktion. Dann hat der Fraktionsvorsitzende Heide seinen Antrag sogleich ausgearbeitet, denn daran, daß er dem Vorsitzenden der Liberalen Landtagsfraktion, Herrn Hammerich mit den Mitteilungen gemacht hat, die ich in dem obigen Bayern wurde sich auf die Notwendigkeit einrichten müssen, sein Schicksal von dem des Reichs zu trennen, kurz zusammengefaßt habe, besteht nicht der geringste Zweifel.

Als Herr Heide seine Meinungen im Landtag gelegentlich vorgetragen wurden, hat er sie bekräftigt. Die liberalen Abgeordneten wußten nicht, ob sie berechtigt waren, mich als Gewährsmann zu nennen, und sie haben darum die Sache nicht weiter verfolgt. Ich bin, als von dritter Seite die Affäre wieder ausgedrungen wurde, und dabei einige Ungenauigkeiten unterliefern, in einem Aufsatz als der Gewährsmann der gegen Heide gerichteten Angriffe hervorgetreten. Ich habe erzählt, daß ich bei der Unterredung vom Anfang bis zum Ende gegenwärtig war und daß ich die verbliebenen Erläuterungen des Herrn Heide vom 22. Oktober 1918 gleich nach Beendigung der Unterredung aufgezeichnet, sie am nächsten Tage den Fraktionskollegen vorgelesen habe. In diesem Aufsatz, den ich mir, um Herrn Heide antworten zu können, erst wieder verschaffen mußte, heißt es von meiner Aufzeichnung:

haben! Mehr als einmal haben sie es versucht, doch Gott hat ihnen schändlichen Mißerfolg bereitet!“

Zuallpoff hörte diese Rede betroffen zu, die ihm recht unangenehm erschien, und hatte dabei nur den einen Gedanken, mit dem Bauern möglichst rasch ein Ende zu machen. Er goß dem Starck eine Tasse Tee ein und bot ihm Kuchen an, aber er hatte noch nicht den Mut, ihm die verjessenen Schwärzen zuzurufen zu lassen, und setzte ihm daher erst die harmlosen Zerkohlensalben wieder und verließ dem Gott mit heftiger Unsicherheit den Keller mit dem verjessenen Butter. Grigori Jermomitsch ging dann und verzehrte rasch hintereinander mehrere Sätze.

Stützend wartete zuerst Jelliz auf irgendeine Veränderung im Aussehen Kaspitins, denn nach den Angaben des Doktor Vagowert hätte das Pantall sofort wirken müssen. Der Starck jedoch fuhr fort zu sprechen, als wäre nicht das mindeste verändert worden. Auf das Meiste bemerkt, trat Zuallpoff zum dem Teller, auf welchem sich ein Glas Wein und ein Glas Wasser befanden, und forberte Grigori Jermomitsch auf, er möge doch von dem berühmten Zuallpoffs Wein aus der Krän lösen. Ahnungslos und mit stillosen Behagen leerte Kaspitin hintereinander mehrere Bewegungen, erwartete von Augenblick zu Augenblick, den Starck tot zusammenzubrechen zu sehen, doch dessen Gesichtsausdruck veränderte sich kaum. Nach einer atemberaubenden Pause stand er auf, ging ins Zimmer umher und verlangte weiteren Wein. Jelliz reichte ihm ein anderes von dem verjessenen Gläsern, Grigori hürzte das Getränk hinab, doch auch diesmal zeigte sich keinerlei Wirkung.

Nun kamen die Gott u. Götter gegenüber. Verjessene gemarterte der Jelliz kein Gebirn, um sich zu erklären, wieso das Gift habe wirken können, sagte Doktor Vagowert je alle hinteres Nichts geblieben? Oder hatte er sich geteilt und statt des tödlichen Präparates ein anderes, harmloses, angewendet? Oder aber war dieser Kaspitin ein Uebermenschen an Lebenskraft, der, ohne Schaden zu nehmen, eine Giftmenge vertrug, der sonst eine ganze Gesellschaft sogleich zugrunde gegangen wäre? Dies erschien ihm denn doch zu wenig glaubhaft.

Er fixierte seinen Gast und es schien ihm, als läge in seinen Augen ein Ausdruck von Verdacht und Mißtrauen; da erob sich Zuallpoff, ging auf die Wand zu und ergreift die dort

hängende Gitarre. Grigori Jermomitsch lächelte glücklich, er diese Bewegung sah, und schrie: „Ach, Spiel doch ein Lustiges! Ich höre dich so gerne singen!“

Angewiesen waren jedoch die anderen in dem Arbeitsmer Zuallpoffs verkommenen Bekleidungsstücke ungeduldig geworden und begannen zu lärmern, den Führen zu durch zu zahlreichem Handeln anzutreten. Kaspitin sah es und erwiderte sich, was denn dort oben geschähe.

Wahrheitsliebend sind es die Gäste meiner Frau, die an strecken“ erwiderte Jelliz neugierig. Dann aber sagte er, fr einen Vorwand zum Verlassen des Zimmers gefunden haben: „Ich will einmal hinausgehen und nachsehen, was eigentlich gibt.“ Mit diesen Worten erob er sich und eilte hinaus, mit dem Entschluß, eine Schnapsdose zu holen, und den Starck, auf den das Gift nicht gewirkt hatte, durch eine Kasse niederzulegen.

Kaspitin aber sah ihm friedlich und liebesoll nach; er war fast überzeugt, Jelliz würde nach seiner Rückkehr sogleich von neuem nach der Gitarre greifen und ihm vorführen. Wie wie moßte und angenehm war es doch, dem Kaspitin die liebeswürdigsten und anmutigsten Stroben auszu hören!

Die Dienstmaad Katja Jwanowna war wie gewöhnlich schon am fünf Uhr morgens aufgewacht. Bevor sie daran ging, die täglichen Verrichtungen im Haushalt aufzunehmen, war sie noch einer Bitte in das Schlafzimmer ihres Herrn, um den Kleider und Stiefel zu reinigen, sie fand das Bett leer. Von plötzlichen Schreck erfaßt, lief sie in das Zimmer der Wärdin, um die Matratze aus dem Schloß und ließ ihr anglohn zu. Matrasa drangobena, hob auf, ich fürchte mich! Grigori Jermomitsch ist nicht zurückgekommen!“

Nach halb im Traum vernahm Matrasa diese Worte. Er ärgerte sich über die Unst Kathas und dachte sich: „Dummes Ding! Der Vater ist doch zu dem ‚Kleinen‘ ge gangen; wahrscheinlich hat er dort übernachtet!“ Damit ließ die Angelegenheit für sie völlig gelöst, sie drehte sich auf die andere Seite und schlummerte alsbald wieder ein.

Im frühen Uhr wurde sie jedoch von neuem geweckt: Kath stand außer sich vor Schrecken an ihrem Bett, rüttelte sie un tammelte in namenloser Angst: „Die Polizei!“

# Briefstimmen zu Groeners Ernennung.

Die demokratischen Blätter beschäftigen sich heute in gen ausföhrlich in Vorträgen mit dem neuen Mann Reichswahrministerum. Das Berliner Tageblatt sagt: Wir denken nicht daran, den neuen Wehrminister, Vorhanshooberden zu trösten oder ihn selbst nach der Brudersweise eines deutschnationalen Blattes als Vorkauf eine künftige Zerstörung zu betrachten. Er zeigt zeigen müssen, ob er sich auch der Gruppe gegenüber durch setzen kann, die seinem Vorgänger die tatsächliche Macht der Hand genommen hat. Groener übernimmt eine schwere persönliche Verantwortung und dessen Besichtigung seiner Seite angezweifelt, was ohne Vorurteil, aber ohne unorthodoxen Applaus abwarten müßte. Die Po litik schreibt u. a. zu der Ernennung Groeners, er ist da er als alter erfahrener Soldat die militärischen Fähigkeiten zu beurteilen verstehen sollte, ohne das Gespö eines langweiligen Reform der Reichswehr durchzuführen, er sie mit und für notwendig hält. Er muß seine Hero damit begründen, daß er seine Offiziere an den neuen St herantreibt, daß er sie leitet, die Republik zu achten. W der B o r m a t e s, der gefordert nur eine kurze redaktionelle Bemerkung zu der Ernennung Groeners gemacht hat, ist schätzlich sich heute in einem Vortrags mit der Verhöflichkeit bei Groeners und der seiner harten Aufgaben, dem demokratische Blatt, Tradition und Fähigkeit, es muß zeigen, ob er auch den politischen Willen hat. Die dieser Aufgabe ist die Bereinigung des Reichswehres die andere Aufgabe ist die große Reichswehr-Reform.

# Rasputins Ende.

Heliz Zuallpoff, der färsliche Wöbder.

Von Rene Hölöp-Müller.

Rasputin, der färsliche Bauer und Mönch, hat im letzten Abschnitt der färslichen Epoche eine größere Rolle gespielt, als es heute schon bekannt ist. Gefährtet viel und viel geschätzt ist eine ganze Rasputin-Literatur entstanden, die sich gegen ihn richtet. Nur wenige Verleumdungsschriften sind für ihn geschrieben worden. Jetzt hat Rene Hölöp-Müller eine Monographie veröffentlicht (Der heilige Leuzli, Rasputin und die Frauen, Greifhau u. Co., Leipzig-Gürich), die auf amtlichen Dokumenten, Polizeiberichten, Tagebüchern, Briefen, Zeugnisaussagen und anderen authentischen Quellen beruht. Aus diesem Material hat er ein großes Bild seines Meters, besonders Eindruckslos ist die Schilderung der Ermordung Rasputins, die der junge Fürst Jelliz Zuallpoff, der heute noch in Paris lebt, im Verein mit dem fortretenden Duma-Abgeordneten hatte. Rene Hölöp-Müller berichtet über die letzte Nacht Rasputins:

Aus dem oberen Geschloß erlärte der Klang eines Grammons, das ein amerikanisches Tanslied spielte; Rasputin blieb überauslich stehen und fragte: „Was ist denn das? Ist bei dir Gesellschaft?“ Jelliz ludte ihn zu beruhigen: „Nein, es sind nur einige Frauen. Komm einweilen in des Speisezimmer und trink eine Tasse Tee mit mir!“ Arglos folgte Grigori Jermomitsch dem Fürsten aber die Treppe hinunter und müdete das angebliche Speisezimmer. Besonders interessierte er sich sogleich für den Scherz mit den Spiegeln und Säulchen; mit kindlicher Freude öffnete und schloß er die kleinen Türen und beschloß das Innere. Dann folgte er Zuallpoffs Einladung und setzte sich an den gebotenen Teisch.

„Ja,“ meinte Rasputin, „ich bin einer ganzen Menge Leute ein Dorn im Auge, weil ich immer die Wahrheit sage. Eure Affektoren sind voll Färsen und Uebelmollen; aber warum soll ich mich vor ihnen fürchten? Sie können mir ja nichts an-

# Abhängigkeit der Fideikommissionen in Preußen.

Von Ernst Meinde,

Mitglied des Preussischen Landtags.

Aus dem neuesten Heft der „Hilfe“.

Rechtsform der Fideikommission ist römischen Ursprungs. In den Zeiten haben sich die vornehmen Familien der deutschen Reichsgeschichte bedient, um ihrer Familien Identität und den Wert des Familienbesitzes amoeber zu erhalten, bis sich allmählich im 17. Jahrhundert im größten Europa ein im großen und ganzen gleichartiges System der Fideikommission ausbreitete.

Preußen verzeichnet und breitet sich die Fideikommission nach 1850 mit besonderer Regsamkeit aus: Das Anwachsen der Fideikommissionen rief in bauerfreundlichen Kreisen Widerstand hervor. Der Bund der teile (seit Reichslandsbund) führte dieser Kritik dadurch entgegen, daß er auch den Bauern durch die Anerkennung gleichartige Einrichtungen wie die Fideikommissionen empfahl. Jedoch war es der bauerlichen Bevölkerung in den Gebieten der großen Güter vollkommen klar, es in den Fideikommissionen die Grundbesitzes sich den Grundbesitzes binden und den nachgehenden Söhnen der Bauern den Erwerb einer bauerlichen Existenz verweigern. Es war ihnen klar, daß die Vererbung des Grundbesitzes in Preußen die allein für die Zukunft ist, bis 1850 von dem früheren Vorrat von 1,5 bis 1,6 auf 4,000,000 Morgen vermindert wurde, die Fideikommissionen nun auf ewig im Eigentum der Großenfamilien festgehalten und noch vermehrt werden. Darin besteht ja die volkswirtschaftliche Gefahr der Fideikommissionen und der in ähnlicher Weise gebundenen Vermögensgegenstände, daß ihre Güter nur veräußert und eigentlich verkaufter werden konnte.

Die Konzentration der adeligen Vermögen (1912) von der gesamten Fideikommissionenfläche 32,5 Prozent im von der damals regierenden, dispossitiven und Landesherren, 33,7 Prozent im Besitz der Grafen, 11,6 Prozent im Besitz des sonstigen Adels und nur 2,2 Prozent im (bürgerlichen Familien), hatte der Adel eine unangenehme Vermögensverteilung auf dem ländlichen (vielerorts auch auf adeligen) Gütern, denn die bauerlichen Familien hatten sich durch die Erteilungen wenig Widerstand leisten konnten. Wenn man sich vor Augen hält, welche Vermögensverteilung der frühere Staat den vornehmsten adeligen durch Heiratsverträge und durch die Bevorzugung des in Heer und Verwaltung hat, so muß man den Bauern bewundern, daß er so tapfer die ererbte Scholle als Eigentümer und auch als Pächter verteidigt hat.

Ertrahen wir die Mittelzahl des preussischen Jahresberichts über die bis zum 30. September 1927 erfolgte Aufhebung der Fideikommissionen:

Im Jahre 1919 gab es 1347 Grundbesitzstücke mit 103 647 ha;	
bis zum 30. September 1927 sind 369 Familienstücke abgeführt worden mit rund 574 346 ha;	
im öffentlichen Interesse ist eine Sicherung der Besitzverhältnisse erfolgt (bis 30. 9. 27) durch Bildung von	
Landgüter mit	90 985 ha
abgibtungen mit	285 092 ..
abgibtungen und Waldgutsstiftungen mit	37 096 ..
abgibtungen und Landgutsstiftungen mit	7 824 ..
abgibtungen und Leihgutsstiftungen mit	6 413 ..
abgibtungen und Landgut mit	2 100 ..
abgibtungen und Leihgüttern mit	2 974 ..
abgibtungen und Weingut mit	663 ..
zusammen	373 647 ha.

So von einer Fläche von 574 346 ha sind 373 647 ha, also 65 Prozent, neu gebunden, freilich — wie es in den Begriffsbestimmungen heißt — nicht um des Glanzes der betreffenden Familien willen, wie es vor der Staatsumwälzung war, sondern aus Rücksicht auf das öffentliche Wohl, auf volkswirtschaftliche und reformerische Interessen!

Der sich die Nachweisung über die Ergebnisse der Aufhebung der Familienstücke (Druckache Nr. 1986 des Preussischen Landtags) genauer durchführt, wird freilich zu dem Schluss kommen, daß am Ende der Dinge ca. 80 Prozent der gesamten Familienstücke als Schupfwerk, Wald-, Land- und Weinlücken wieder entstehen werden. Doch ist noch der Nachweisung angeben, daß von den Familienstücken von 1919 bis 1925 673 Güter im ganzen 75 293 ha (Land ohne Kaufanwartschaft ist nicht mitgerechnet) für

Siedlungszwecke abgegeben haben. Diese Zahlen sind imponierend; jedoch fällt auf, daß z. B. im Bereich der Aufhebungsgüter Damm und Kessel mehr Siedlungsland von den Familienstücken zur Verfügung gestellt worden ist, als nach der Siedlungsstatistik (Wirtschaft und Statistik, Oktoberheft 1927) in den betreffenden Bezirken überhaupt befehligt ist, und doch auch für andere Bezirke ausfallig hohe Zahlen zu finden sind.

Für die Stellungnahme zur Frage der Fideikommission ist letzten Endes entscheidend, ob die Erhaltung einer grundbesitzenden Aristokratie erwünscht erscheint oder nicht. Da wir ein zahlreiches, freies und gesundes Bauernvolk als beste Grundlage für Staat und Volk ansehen, so ist unsere Stellung zu den Familienfideikommissionen klar und deutlich wie in Friedrich Naumanns Artikel 155 der Reichsverfassung. Jedoch scheinen wichtiger als Verfassung und Gesetz ihre Ausführung zu sein. Darum erscheint es uns auch als notwendig, daß die ausführenden Beamten auch bei der Auflösung der Familienfideikommissionen von dem Geiste der Weimarer Verfassung durchdrungen sind. — Die Einstellung unserer Beamten in Preußen in dieser Beziehung wird auch ein wichtiger Faktor in der Bilanz über die ersten Jahre Republik sein. Aus dieser Bilanz werden wir lernen und danach handeln, damit ein gesundes Bauernvolk die Grundlage des deutschen Volkes wird und uns ein freies und starkes Geschlecht erbaut.

## Volkstümlicher Wegweiser für Frauen

Im neuen Jahre mühen zwei Aufgaben von größter Bedeutung fortgeführt werden: Die Beweiskämpfung, ob die Demokratie klar genug ist, die deutsche Republik mit ihrem Geist zu durchdringen, und der Kampf um den Sieg der unitarischen Idee.

Was gilt innerhalb dieser großen Aufgaben in besonderen für die Frauen? Wir können nicht übersehen, daß aus den ihnen innewohnenden beherrschenden Elementen heraus die Frauen heute noch vielfach den Realparteiellen Gefolgschaft leisten. Diese Verhältnisse sind ausgesprochen, die Empfindlichkeit der Frau in Sentimentalität unzulässig und hierauf ihre Werbung abzustellen. Sentimental ist noch immer bequemer gewesen als Gedanken.

Die Demokratie vermag nicht, ihnen auf diesem Wege Konkurrenz zu machen. Wir vermögen nicht, aus der Erkenntnis zu verzichten, daß eine „Kommunisierung“ der Politik, das heißt eine Verankerung der Politik in sentimentale Stimmungen eine Gefahr bedeuten würde. Die politische Gleichberechtigung der Frau ist eine Forderung und ein Merkmal der Demokratie. Sie widerspricht der Ansicht derjenigen Kreise, die an die Sentimentalität der Frauen appellieren. Sie legt der Demokratie die Verpflichtung auf, die Frauen zu politischen Denken zu erziehen.

Die politisch denkende Frau wird sich darüber klar sein, daß für sie eine politische Annäherung nur auf dem Boden der Demokratie — die hier als Idee verstanden werden soll — möglich ist. Andererseits wird die Demokratie auf politisch höherer Stufe von Frauen nur soweit rechnen können, als in der dritten Klasse der Frauen das politische Denken sich erweilt.

Die großen politischen Entscheidungen des kommenden Jahres können ausschlaggebend durch die Stellungnahme der Frauen beeinflusst werden, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Daher ist es eine Frage nicht nur der Frauen sondern der Gesamtheit der Staatsbürger, ob und in welchem Grade es gelingt, die Frauen von der Bedeutung der bevorstehenden politischen Entscheidungen zu überzeugen und sie für einen Anlauf an die Demokratie zu gewinnen.

In diesem Begriff soll mehr liegen, als nur ihre Stimmen bei der nächsten Reichstagswahl zu erhalten. Dies ist natürlich notwendig — aber es genügt nicht. Die Entscheidungen fallen nicht so ausschließlich nach der Zusammenlegung des Reichstages, wie es den Anschein hat. Auch die Reichstagsmitglieder sind genötigt, auf die Volkstimmung Rücksicht zu nehmen, auch auf diejenigen ihrer Träger, die nicht parteipolitisch organisiert sind. Diese Volkstimmung kann in einem viel höheren Maße durch die Frauen beeinflusst werden, als es heute der Fall ist. Gerade aus der Gefährlichkeit der Frauen heraus, die ihnen so spezifisch eigen ist, daß sie auch nicht verlorengelassen, — dafür haben wir genügend viele Beispiele — wenn sie politisch-gedanklich unterbaut wird.

Diese Aufgabe muß von der Demokratie sehr ernst eingeschätzt werden. Ihre Durchführung fällt natürlich in erster Reihe den bereits demokratisch überzeugten Frauen selbst zu. Sie müssen aber von den gesinnungsverwandten Männern unterstützt werden; denn es geht um ihr gemeinsames politisches Gut.

Als Beispiel sei eine Frage besonders hervorgehoben: Der Reichshulgegesetz ist unerheblich in das neue Jahr übergegangen. Kann es ein Problem geben, dessen Lösung in höherem Maße die Frauen angeht, die in ihrer Mehrheit Mütter und fast in ihrer Gesamtheit natürliche Erzieher und Pfleger sind? Freilich bietet auch gerade diese Frage in erhöhtem Grade die Gefahr des Appells an die Sentimentalität. Die Stumpfheit der Bevölkerung der zukünftigen Gestaltung der Schule gegenüber ist fast unbegreiflich. Es muß viel mehr, viel Kühneres gefordert, sie aufzurufen, sie aufzufallen, um was es geht, ihre Entscheidung zu erzwingen. Gewinnen wir nicht die Frauen dazu, sich gegen die Zerstückelung der heranwachsenden Generation in zahlreiche kleine Gruppen aufzulösen, die Gemeinschaft anstelle der Absonderung zu fördern, so können wir jede Hoffnung auf eine gesunde Gestaltung der Schule nicht nur, sondern darüber hinaus auf die Schaffung einer inneren nationalen Gemeinschaft fahren lassen.

Der Beginn eines neuen Jahres will uns die Kraft geben, mit neuem, wieder verjüngtem Willen an die Arbeit zu gehen. Noch ist nichts verloren. Und mit festem Glauben an unsere Sache und dem Willen zur Tat sollte es uns gelingen, vorwärts zu kommen.

## Das arme England — das reiche Deutschland?

Von Dr. Hans Reiff Berlin.

Von der Benutzung der Statistik gilt das Wort: Je weniger desto mehr. Noch nie ist soviel mit statistischen Ergebnissen jongliert worden wie in der Nachkriegszeit. Hierzu gehört die nicht immer zu rechtfertigende Einseitigkeit der Möglichkeiten der Konjunkturprognosen, deren Notwendigkeit nicht bestritten werden kann. Sie aber doch auf hypothetischen Voraussetzungen, nämlich auf der Annahme eines Schemas beruht, dessen Konstruktionen von der historischen Zeitgebebung der Verhältnisse hergeleitet sind.

Wie sehr es notwendig ist, auf diesem Gebiete zur Vorsicht zu mahnen, bestätigt die Behandlung der letzten Bericht der Reichsstatistikgesellschaft erfahren hat. Gerade weil man bisher gewohnt war, in diesen Berichten ein besonderes Maß statistischer Gewissenhaftigkeit und vorbildlicher Analyse der wirtschaftlichen Teilbereiche voranzusetzen, ist die Gefahr umso größer, daß die Zahlen, die diesmal veröffentlicht worden sind und die keineswegs den Eindruck der in diesen Berichten sonst üblichen Sicherheit machen, geeignet sind, die öffentliche Meinung zu irrigen Auffassungen über Deutschlands wirtschaftliche Stärke zu veranlassen. Tatsächlich hat man auch sofort z. B. in der Presse diese Zahlen mit einer geradezu Schreien erregenden Verächtlichkeit kommentiert. Man muß nach der Art der Darstellung annehmen, daß der Ausgangspunkt für die dort genannten zu öf Milliarden in den über zweifachen und Vorratsbildung angegebenen Schätzungen zu suchen ist. Ganz abgesehen davon, ob die da genannten Zahlen, die in keiner Weise den einer solchen Produktion gegenüberstehenden Verhältnisse an Realkapital berücksichtigen und schon deshalb irreführend, sind auch die Zahlen selbst in der genannten Höhe außerordentlich fleißig zu beurteilen.

Da wird z. B. ein Zuwachs an Wohngebäuden von 3,2 Milliarden RM. genannt. Nach den amtlichen Berichten sind im Jahre 1927 rund 250 000 Wohnungen gebaut worden, wobei auch die kleinsten Wohnungen auf dem Lande mit eingerechnet sind, so daß man mit einer Ziffer von 2,5 Milliarden RM. vielleich schon zu hoch greift; dazu kommt, daß auch die Ziffern über die im Jahre 1927 hergestellten Wohnungen nicht ohne Vorbehalt zu genießen sind. Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, vor einigen Wochen bekannt gegeben wurde, daß in der Stadt Berlin im Jahre 1927 26 000 Wohnungen mit Hilfe der Hauszinssteuer errichtet worden seien, so muß man wissen, um zu einem klaren Urteil zu kommen, daß zunächst einmal 5000 von diesen Wohnungen aus den Hauszinssteuermitteln, die noch im Jahre 1926 zur Verteilung gelangten, finanziert worden sind, während eine ganze Reihe von Wohnungen am Ende des Jahres 1927 noch nicht fertig und darüber hinaus die 8000 Wohnungen mit eingerechnet worden sind, die nach dem Scheitern der Chapman-Verhandlungen und der King-Verhandlungen von der Stadt selbst mit anderen als Hauszinssteuermitteln errichtet werden sollen, deren Bau jedoch noch nicht begonnen hat, ja, für den noch nicht einmal die Geldmittel entdeckt worden sind.

# Sangerhausen · Kreisparteiitag und öffentliche Versammlung · Sonntag, 22. Januar

In der öffentlichen Versammlung, nachmittags 3 Uhr im „Preussischen Hof“ sprechen

## Staatsminister Dr. Schreiber

(Politik und Wirtschaft)

## Kreis Schulrat Bott-Sangerhausen

(Das Reichsschulgesetz)

Alle Parteifreunde aus Stadt und Land müssen erscheinen

Der Zuwachs an öffentlichen und gewerblichen Gebäuden wird mit 1,1 Milliarden angegeben. Es ist anzunehmen, daß hierin auch die Summen einbezogen worden sind, die beispielsweise für die Errichtung von Badeanstalten, von Stadien und ähnlichen Kulturwerken verausgabt worden sind. Es mag sogar Volkswirte geben, die geneigt sind, auch solche Anlagen als Produktionsmittel zu betrachten, aber sicher ist, daß diese Betrachtung sehr unrichtig ist. Wenn das aber der Fall ist, ist es nicht zu verwundern, solche Anlagen in eine Kapitalbildung Deutschlands einzubeziehen, so wie es weiterhin nicht gestattet ist, einen Zuwachs an Hausrat mit 1,1 Milliarden in eine solche Bilanz aufzunehmen. Auch bei dem hohen Baustrat kann der Kapitalcharakter mit Recht bestritten werden, auch hier ist es also nicht zu verwundern, irgendeiner auf ungesicherten Grundlagen ruhenden Theorie zuliebe Zahlen in die öffentliche Diskussion zu werfen, die geeignet sind, falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu unterfüttern. Der Zuwachs an Vorräten wird mit 1,5 Milliarden RM. beziffert, wieder eine Zahl, deren Veröffentlichung ohne Kommentar unmöglich ist. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit einer Erfassung der Vorräte in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft, ist es eine Unmöglichkeit, einen auch nur einigermaßen zureichenden Maßstab für ihre Bewertung zu konstruieren. Ähnlich liegt es bei den Ziffern, die die industrielle Produktion betreffen. Der heute gar nicht seltene Fall, daß in irgendeinem Konzern ein Teil der Betriebe vergrößert, ein anderer Teil aber stillgelegt oder wenigstens verkleinert wird, macht es unmöglich, die aus den Ueberprüfungen der Betriebe erhaltene interne Kapitalbildung auch nur annähernd richtig zu schätzen. Wenn man dann aber einfach von der Summe zu aufgemachter Schätzungen die 4,4 Milliarden RM. auszusagen übergeht, um festzustellen, daß eine Kapitalbildung aus inländischen Mitteln in der Höhe von 7,6 Milliarden RM. stattgefunden habe, die Gesamtsomme von 12 Milliarden RM. aber als Kapitalbildung aus Produktionsüberschüß bezeichnet, so darf man sich nicht wundern, wenn die Welt sich ganz falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft macht. Solange man nicht in der Lage ist, mit einwandfreien Maßstäben zu rechnen, sollte man angesichts der mit solcher Veröffentlichungen verbundenen Gefahren sich mit dem Bescheidenen, was emanzipiert feststellbar ist. Die andern tun das ja auch, und wenn der englische „Economist“ die englische Kapitalbildung auf Grund der in London realisierten Emissionen mit 288 Millionen Pfund oder 5896 Millionen Mark beziffert, so liegt die Gefahr noch außerordentlich nahe, daß angesichts der Kreditlosigkeit, mit der solche Ziffern in der politischen Propaganda verwendet werden, eine Gegenüberstellung der deutschen Ziffer von 7,6 Milliarden (vielleicht sogar von 12 Milliarden) und der genannten englischen Ziffer in einer für Deutschland durchaus nicht freundlichen Absicht erfolgt. Wenn man weiß, daß auch innerhalb Deutschlands selbst ganz irrgere Vorstellungen und Hoffnungen an solche Zahlen geknüpft werden, dann sollte man die Veröffentlichung einer in ihrem Zustandekommen durchaus bedeutlichen Stoffigkeit unterlassen. Diese Art Zahlenatombast ist geeignet, nicht nur die sensationslüsternen Zuschauer, sondern darüber hinaus die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit und schließlich auch die deutsche Politik zu gefährden.

### Das Schlußwort vor dem Scheitern.

Wie aus Reichstagsreden verlautet, mehren sich auch in den Kreisen der Koalitionsparteien die Meinungen, daß eine Verabschiedung des Schulgesetzes durch diesen Reichstag unmöglich ist. Freilich liegt es in den letzten acht Tagen nicht nur nicht gelegen ist, die Gegenstände zu verkleinern, sondern die vorhandenen Spannungen sind noch weit härter geworden. Wenn jetzt auch das Zentrum sich bereit erklärt hat, daß die Lehr- und Lernbücher nicht „im Einvernehmen“, sondern nur „im Benehmen“ mit der Geistlichkeit hergestellt werden, so glaubt man doch nicht, daß das Zentrum weiterhin an dieser Konzeption festhalten wird. Auf der anderen Seite wird auch von volksparteilicher Seite offen erklärt, daß eine Einigung über die Frage der Simultanfächer noch nicht erkennbar sei. Da also die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes äußerst gering geworden sind, so beschließt man sich bereits mit den Möglichkeiten, um aus dieser Lage herauszukommen. Von Zentrumseite wird erklärt, daß es eine Zurückziehung des Schulgesetzes nicht zu denken sei, da Reichsminister Marx sich für dieses Gesetz besonders eingesetzt habe. Es bleibt demnach nur übrig, Beratungen und Verschleppungsversuche vorzunehmen, um in der Zwischenzeit den Etat durch ein politisches Kabinett noch weiter zu lassen. Nach Annahme des Haushaltses ergibt sich dann die Möglichkeit, den politischen Selbstmord der Koalition im Bildungsausschuß vorzunehmen.

### Parteinachrichten.

#### Parteiplan einer Werbewoche.

Die Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei legt hiermit für die Zeit vom 18. März bis 25. März d. J. eine Werbewoche an. Sie läßt sich dabei von folgenden Erwägungen leiten: Das Wahljahr 1928 wird ganz besondere Anforderungen an unsere Parteiorganisationen stellen. Alle Parteien rüsten sich. Auch in unseren Reihen herrscht durchweg arbeitsfreudige Stimmung. Die Bedeutung der bevorstehenden Kämpfe wird mehr und mehr erkannt. Man wird sich klar darüber, daß die Wahlergebnisse des Jahres 1928 im Reich und in Preußen darüber entscheiden, ob die Herrschaft in der Deutschen Republik auf Jahre hinaus in den Händen von reaktionären oder von fortschrittlichen Kräften liegen soll. Wenn wir die große Auseinandersetzung siegreich bestehen wollen, müssen wir die Voraussetzungen für eine tatkräf-

tige Führung des Wahlkampfes schaffen. Diese bestehen nur dann, wenn die Organisationen nicht nur arbeitsfreudig, sondern auch arbeitsfähig sind. Ihre Arbeitsfähigkeit aber hängt zum erheblichen Teil von ihrer gabelnmäßigen Stärke ab.

Der Zweck der Werbewoche ist ein doppelter. Einmal soll durch eine große zentrale Aktion der Parteiparat bis in die entferntesten Teile des Reiches aufgeführt und in Gang gesetzt werden. Dadurch soll eine Art Propagandamobilisierung für den Wahlkampf erfolgen. Die Wahlkreisorganisationen werden auf diese Weise inandergesetzt, an einem praktischen Beispiel ausprobieren, welche Organisationsarbeiten und wo neuer Antrieb gegeben werden muß. Als Zeitpunkt ist die Woche vom 18. bis 25. März gewählt. Der 18. März liegt drei Wochen vor Ostern. 14 Tage vor dem Fest pflegt das politische Interesse im Zusammenhang mit den zahlreichen Familienfestlichkeiten, mit Reiseplänen usw. nachzulassen. Die zweite Hälfte des März bringt den Wunsch der eigentlichen Winterarbeit. Die Werbewoche soll zwei Sonntage einschließen. Der Sonntag kann besonders gut zur Eingliederung ausgenutzt werden. Gerade für öffentliche Veranstaltungen, für Versammlungen und für Feste ist der Sonntag in den meisten Teilen des Reiches besonders geeignet.

Die Werbewoche soll unter eine leitende Idee gestellt werden. Die Parolensatzung wird aber zweckmäßigerweise entsprechend der politischen Situation erst etwa einen Monat vorher vorgenommen werden. Für die Durchführung der Werbewoche im einzelnen wird in der nächsten Zeit eine kurze Anweisung herausgegeben, schon vor Eingang der speziellen Anweisung müssen aber von den Kreisvereinen die Vorbereitungen für die Werbewoche in die Hand genommen werden. Es gilt in Zusammenhang mit dem Wahlkreisverband die Voraussetzungen für eine intensive Durcharbeit der einzelnen Orte vorzubereiten. Also frisch an Werk!

#### Deutsche Demokratische Frauengruppe Halle (Saale).

Zusammenkünfte im „St. Nikolaus“, abends 8 1/2 Uhr: Freitag, den 27. Januar 1928: Politische Aussprache. Donnerstag, den 9. Februar 1928: „Aus der Geschichte der Demokratie: Malinda von Meyenburg“, Frau Dr. Agnes Gohse. Donnerstag, den 23. Februar 1928: „Einheitsstaat und Verwaltungsreform“, Herr Kemmer. Donnerstag, den 8. März 1928: „Die letzten Geheißesworte“. Verschiedene Besucherherinnen. Donnerstag, den 22. März 1928: Gründungsfeier der Frauengruppe. Vortrag: „Friedrich Naumann“.

#### Halle. Jungdemokraten. Am Dienstag, den 24. Januar 1928 findet abends 8 Uhr im „Central-Hotel“ (Klosterbräu), Talamstr. 6, am Hallmarkt, unsere Jahreshauptversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Vorstandsberichterstattung und geschäftliche Mitteilungen. Die Beteiligung an der Hauptversammlung ist für unsere Mitglieder Pflicht, und wir erwarten, daß jeder Jungdemokrat an diesem Abend anwesend ist. Gäste sind uns herzlich willkommen. (Wir bitten auch die Vertretung des Vereinslokals nach dem Central-Hotel am Hallmarkt zu achten!) — Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder auf das Divulgerzeit des Reichsdamers Schwarz-Rot-Gold aufmerksam. Dieses ist auf Sonnabend, den 4. Februar, im Volkspark festgesetzt. Wir bitten unsere Freunde, am zahlreichen Beteiligung daran.

Sangerhausen. Sonntag, 22. Januar, Kreisparteiabend und anschließende öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung für den Kreisparteiabend sieht folgende Punkte vor: 1. Gründung eines Kreisvereins Sangerhausen. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Berichterstattung des Geschäftsführers Dorndrath über „Die Rablen und unsere Organisation“. 4. Bericht des Vorstandes. 5. Verschiedenes. In der öffentlichen Versammlung nachmittags 3 Uhr sprechen Staatsminister Dr. Schreiber (Politik und Wirtschaft), Kreisführer Pott (Reichshilfegesetz). Alle Parteifreunde aus Stadt und Land müssen an dieser wichtigen Kundgebung teilnehmen.

Delitzsch. Die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Delitzsch, veranstaltete am Sonnabend im Hotel „Grüne Linde“ einen Buntabend, der, am gleich das Gesamtinteresse vorwegzunehmen glänzend verlief. Musikstücke, Deklamationen, Gedänge, Schattenspiele füllten den Abend aus. Frau Prof. Wolff-Halle hielt ein kurzes Referat über „Die Frau im neuen Staat“. In gemütlicher Stimmung hielt man danach bei einem Tänzchen die Mitternacht aus. Dieses harmonische Zusammenkommen dürfte für alle Gäste der D. D. P. einen sympathischen Eindruck hinterlassen haben. Kein Wunder deshalb, wenn die Ortsgruppe am gleichen Abend sich schon vergrößerte.

Falkenberg (Bez. Halle). Die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe der D. D. P. fand am 13. d. W. statt. Der 1. Vorsitzende gab einen Rückblick des verwichenen Jahres und beleuchtete in großen Zügen die wichtigsten Ereignisse der Reichs- und Landespolitik, knüpfte daran seine Wünsche für das „Wahljahr 1928“. Mit Befriedigung stellte er die Festigung der Ortsorganisation fest und ließ es auch hier nicht an Wünschen und Anregungen zum weiteren Ausbau fehlen. — Die Vorstandswahl gab die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Rector Wunderlich, 2. Vorsitzenden Eigenbahnhofsleiter R. Hold, des Kassierers Abteilungsleiter Rutter, des Schriftführers Lehrer Loeber.

Die anschließende Aussprache regte einige Freiwörter aufzunehmende Tätigkeit des Kreisvereins die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung. Gemeindefreier Hartmann an den Stand der Reichsarbeiten. Es ist bestimmt damit zu rechnen, d. Frühjahr mit dem Ausbau begonnen wird. — D. Gruppe wird wie im Jahre 1927 auch im neuen regelmäßig am 2. Freitag im Monat ihre Versammlungen abhalten.

## Soziales.

### Verwaltungsreform und Kriegso

Der Reichstag hat im Zusammenhang mit der Debatte des Besetzungsgesetzes auch die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform erörtert. Von den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, den Abgeordneten v. Guentard, Dr. und Graf v. Belpart war eine Entschleunigung eingetragenen, mit der die Reichsregierung erkundigt wurde,

„abzuzugleichen“ einen Gesetzentwurf zu unterbreiten eine Befestigung der im Reich entbehrlichen Befähigung eine entsprechende Zusammenlegung von Behörden bisher getrennter Zuständigkeiten und mit bisheriger denartigen Verwaltungsbezirken vorzief. In erster Linie sind die kleinen Bundesstaaten und Finanzämter, postdirektionen, Hauptverwaltungs- und Verwaltungsämter usw. aufzubehen. Eine Bereinigung des Verwaltungswesens mit der Reichsfinanzverwaltung ist anzustreben.

Trotzdem der letzte Satz dieser Entschleunigung, „Eingriffe sind anzustreben“ in besonderer Abstimmung von dem ausdrücklich abgelehnt worden ist, haben die Regierungen überraschenderweise sehr schnell Maßnahmen ergriffen, um in der ihr übertragenen Aufgabe der Finanzverwaltung die Verwaltungsreform gerade das zu tun, was nicht dem Mehrzahl des Reichstages entspricht. In den letzten hat eine Befestigung der Direktoren der Hauptverwaltungsämter stattgefunden, bei welcher die Frage der Eingriffe der Verwaltungsbehörden in den Rahmen der Finanzverwaltung zur Erörterung standen hat. Wie uns der Reichsband Deutscher Kriegsveteranen mitteilt, wurde die Durchführung einer solchen Verwaltungsreformabsicht die Zahl der Kriegsveteranen auf das schwerste treffen. Die Eingriffe der Hauptverwaltungs- und Verwaltungsämter in die Finanzverwaltung würde die Übertragung der Dienste auf das Reichsfinanzministerium mit sich bringen. Was die gegenwärtig dem Arbeitsministerium obliegen würde, dem Finanzministerium vorbehalten sein. Die Erfahrung die die Verwaltungsverbehörden und die Verwaltungsverbehörden mit den Finanzverwaltungen des Rechnungshofes bezüglich Eingriffe in die größte Praxis der Auslegung des Verwaltungsrechtes machen mußten, haben gezeigt, daß die Bürokratie jeden sozialen Verhältnissen dar ist. Die Durchführung der Verwaltungsvergabung erfordert aber nicht ein soziales Empfinden. Für die Kriegsveteranen wegen in der Durchführung der Regierungsschicht eine Gefahr gesehen werden, weswegen sich der Reichsverband der Kriegsveteranen mit einer Eingabe an die Regierung und den Reichstag gewandt hat. In dieser wird u. a. es daß die vornehmste Aufgabe einer Staatsverwaltung die Erhaltung des lebendigen, unmittelbaren Zusammenhanges von Volk und Regierung sein muß, daß sie als eine Ausdrucksform des Volkes allenfalls lebendigen Ordnungswilligen gestaltet ist.

Erstreckende Zunahme der Geisteskranken in der Provinz Sachsen.

In der Zeit vom 1. Januar 1922 bis zum 31. Dezember 1925 (für 1926 und 1927 liegen noch keine Zahlen vor) haben sich die Geisteskranken in der Provinz Sachsen in der Weise vermehrt. Nach Mitteilungen des preuß. Landesamtes befinden sich in den preußischen Provinzen am 1. Januar 1922 zusammen 32.895 männliche und 34.081 weibliche Geisteskranken, darunter 10.602 männlich und 9223 weibliche geborene Idioten, sowie 4388 männlich und 4517 weibliche Epileptiker. Am 31. Dezember 1925 aber wurden gezählt: 40.744 männliche und 41.812 weibliche Geisteskranken, darunter 12.910 männliche und 11.540 weibliche geborene Idioten, sowie 5648 männliche und 5.765 weibliche Epileptiker. Unter den im Jahre 1922 neu eingelieferten Geisteskranken befanden sich 3829 männlich und 4170 weibliche, bei denen Erblichkeit, sowie 4482 männlich und 480 weibliche, bei denen Mißbrauch des Alkohols als Ursache der Geisteskrankheit festgestellt wurde.

In den Anstalten der Provinz Sachsen befanden sich am 1. Januar 1922 zusammen 2401 männliche und 2.017 weibliche Geisteskranken, darunter 905 männliche und 905 weibliche geborene Idioten, sowie 316 männliche und 316 weibliche Epileptiker. Am 31. Oktober 1925 aber wurden gezählt: 3087 männliche und 2927 weibliche Geisteskranken, darunter 1179 männliche und 1030 weibliche geborene Idioten, sowie 422 männliche und 370 weibliche Epileptiker. Unter den 1922 neu eingelieferten Geisteskranken waren 192 männliche und 175 weibliche, bei denen Erblichkeit, sowie 66 männliche und 8 weibliche, bei denen Mißbrauch des Alkohols als Ursache der Geisteskrankheit festgestellt wurde. Unter den im Jahre 1925 neu eingelieferten Geisteskranken befanden sich aber 493 männliche und 15 weibliche, bei denen Erblichkeit, sowie 134 männlich und 15 weibliche, bei denen Alkoholmißbrauch als Krankheitsursache festgestellt wurde. Wahrscheinlich, diese Zahl geben ein erschöpfendes Spiegelbild unserer Zeit.

Reinhold W. E. H. z. J.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblith, Halle a. S. Druck und Verlag: Hugo Alpers, Delitzsch.

## Parteifreunde, vergeht es nicht!

Werbet Mitglieder, sendet Werbeanfragen ein.

